

20.03. 2020

Startup-Zusammenschluss bittet um Sofortmassnahmen von Bund und Kantonen

Von PPS

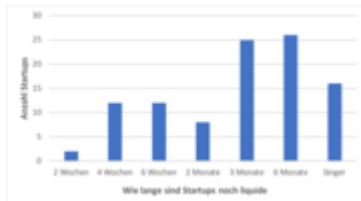


Bild Rechte

Raphael Tobler

(Winterthur)(PPS) **Die wirtschaftliche Lage aufgrund des Coronavirus betrifft die Startup-Gemeinschaft in weiten Teilen. Vertreter der Szene begrüßen die bisherigen Massnahmen des Bundes wie Kurzarbeit und vereinfachte Kreditaufnahme. Nun zeigt eine Umfrage einer Interessengemeinschaft mit über 100 Startups, was die Branche an weiterer Hilfe benötigt.**

Die derzeitige Lage trifft die Wirtschaft hart, auch die Startups. Sie sind bereits bei normaler Wirtschaftslage anfällig, nun jedoch, stehen viele Jungunternehmen vor dem aus. "Startups sind wie die jüngsten Pflänzchen im Garten. Ihnen muss bei stürmischer Wetterlage Schutz geboten werden.", beschreibt Raphael Tobler, Gründer von eduwo und Präsident vom Entrepreneur Club Winterthur, die Situation. Er erklärt aber auch: "An oberster Stelle steht natürlich das Wohl der gesamten Bevölkerung." Zusammen mit weiteren Vertretern der Startupszene führte er in 48h eine Umfrage mit über 100 Jungunternehmen durch, um die Lage der Startups besser einschätzen zu können. Das Ziel ist klare Anliegen und Forderungen an Bund und Kantone formulieren zu können. Denn geben Startups jetzt auf, spüre man dies

spätestens in zwei bis drei Jahren, wenn viel weniger Innovation vorhanden sei, so die Initianten.

Klein, aber wichtig für Zukunft

Startups sind der innovative Motor der Schweizer Wirtschaft. Mit wenig monetären und personellen Ressourcen leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zum Wachstum der Schweiz. Da Startups über begrenzte Liquidität verfügen und auf Investoren angewiesen sind, fordert die Szene nun externe Hilfe. Die Auswertung der Umfrage zeigt, dass vor allem Direktzahlungen benötigt werden. Viele machen sich Sorgen über ihre Liquidität (siehe Grafik S. 3) und um ihre Mitarbeitenden. So gaben 31 Startups an, Mitarbeitende entlassen zu müssen und die Burnrate, also die Rate in denen die Startups pro Monat Geld verlieren, liegt bei der Mehrheit im 5-stelligen Bereich (siehe Grafik S. 2). Christoph Meili, Gründer Company Factory: "Es ist für die Startups eine katastrophale Situation. Die häufig noch tiefen Umsätze brechen ein, technologische Entwicklungen müssen gestoppt werden und Investoren ziehen sich zurück. Die bestehenden Hilfeleistungen des Bundes wirken nur beschränkt, es braucht direkte Zahlungen."

Für den Erhalt Schweizer Innovation

Daher fordert die Interessengemeinschaft von über 20 Startups, Privatpersonen und Organisationen mit Bezug auf die Umfrage explizite Startup-Hilfe vom Bund wie auch den Kantonen. Diese sollen Kurzarbeit auch für Gründer ermöglichen und bei Darlehen besondere Startup-Konditionen einführen. Darüber hinaus sind auch Direktzahlungen nötig. Dies liege im Rahmen des Möglichen, so die Initianten, denn: Startups seien aufgrund ihrer Beschaffenheit auf weniger hohe finanzielle Hilfe angewiesen als bspw. ein Grosskonzern. "Mit wenig erreicht man bei uns schon sehr viel." Das Ziel der Forderung ist der Erhalt von Schweizer Jungunternehmen, Schweizer Innovation und Schweizer Arbeitsplätzen.

Pressekontakt:

Raphael Tobler
Klosterstrasse 34
8406 Winterthur

+41 79 278 32 94

info @ startup-politik.ch

Kategorie

Politik & Recht & Gesellschaft

Source URL: *<https://www.presseportal-schweiz.ch/pressemeldungen/startup-zusammenschluss-bittet-um-sofortmassnahmen-bund-und-kantonen>*